

Zukunftsagenda

Inneres und Sport:

„Die Polizei ist ein Garant für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in unserem Bundesland. Deshalb haben Sie auch Anspruch darauf, dass wir uns hinter ihre Arbeit stellen“. (Christian Baldauf)

A. Innere Sicherheit

✓ Starke Polizei – Starker Rechtsstaat

Wir wollen die Mannstärke bei der Polizei in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2026 auf mindestens 10.000 Polizistinnen und Polizisten (Vollzeitäquivalente) steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Zahl der jährlichen Einstellungen bei nahezu 600 Anwärterinnen und Anwärter konstant zu halten und vorzeitige Abgänge in den Neueinstellungen auszugleichen. Daneben bedarf es zusätzlicher Fachkräfte im administrativen Bereich, damit die Polizeibeamtinnen und -beamten entlastet werden und sich schwerpunktmäßig auf diejenigen Aufgaben konzentrieren können, für die sie in den Polizeidienst eingetreten sind – die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

✓ Gute Polizei – gute Ausbildung

Wir wollen, dass unsere angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eine gute und zeitgemäße Ausbildung erhalten, die sie für ihre wichtige und herausfordernde Aufgabe bestmöglich vorbereitet. Hierfür sind weitere Stellen für die theoretische und praktische Ausbildung zu schaffen. Wir wollen deshalb auch den Campus der Polizeihochnschule modernisieren. Dabei kommt der digitalen Infrastruktur eine ganz besondere Bedeutung zu. Eine Hochschule braucht für die Erfüllung ihres Lehr und Forschungsauftrages der Zukunft digitale Datenautobahnen für den schnellsten Austausch.

Wir wollen die Anbindung der Liegenschaft an das Glasfasernetz, damit wir unserem Ziel „freies WLAN am Campus“ auch ein leistungsfähiges Netz zu Grunde legen können. Die bereits unternommenen Anstrengungen im Bereich des digitalen Lernens sollen unterstützt werden. Deshalb werden wir zusätzliche Dozentenstellen schaffen. Die Lerninhalte müssen auch während der praktischen Ausbildung in den Behörden und Einrichtungen abrufbar sein.

✓ Beförderungssituation verbessern – Regelbeförderung einführen

Aufgrund der verfehlten Personalpolitik der Landesregierung gibt es bei der Polizei einen nicht unerheblichen Beförderungsstau. Beamtinnen und Beamte, die sich aufgrund ihres überdurchschnittlichen Einsatzes für eine Beförderung empfohlen haben, warten bereits seit Jahren auf die selbige. Gleichzeitig werden Stellen mit Beamtinnen und Beamten besetzt, die nicht nach der laut Stellenplan vorgesehenen Besoldungsgruppe vergütet werden. So entsteht berechtigterweise viel Frust bei den betroffenen Beamtinnen und Beamten vor Ort.

Wir wollen eine Regelbeförderung von den Besoldungsgruppen A 9 nach A 10 nach einem bestimmten Zeitraum einführen. Eine Regelbeförderung von A 10 nach A 11 wollen wir zudem prüfen.

Weiterhin müssen die im Haushalt vorgesehenen Stellenplanobergrenzen ausgeschöpft werden. Funktionsträger wollen wir endlich auch entsprechend ihrer definierten Aufgaben befördern und bezahlen.

✓ **Wertschätzung zeigt sich auch in einer angemessenen Besoldung – Alimentation nachhaltig und angemessen verbessern**

Wer uns in Notsituationen hilft, wer uns hilft, wer dafür Sorge trägt, dass Recht und Gesetz eingehalten und durchgesetzt werden, der verdient Anerkennung und wertschätzenden Respekt. Zu einem wertschätzenden Respekt gehört auch eine angemessene und im Ländervergleich konkurrenzfähige Alimentation. Rheinland-Pfalz nimmt bei der Beamtenbesoldung trotz einer Erhöhung im bundesweiten Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld ein. Gerade im Tätigkeitsbereich der „Blaulichtfamilie“ (Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug) können die Dienste mitunter körperlich und seelisch sehr belastend sein. Nicht selten leidet auch das Privatleben, beispielsweise wegen der wechselnden Schichtdienste. Wir wollen

- die Zulage für Beamtinnen und Beamte des Polizeidienstes und des Steuerfahndungsdienstes (sog. „Polizeizulage“) sowie für die Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr (sog. „Feuerwehrezulage“) umgehend an das Niveau der Bundespolizeizulage anpassen und die Zulage für Beamtinnen und Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankenanstalten (sog. „Gitter-Zulage“) erhöhen;
- diese Zulagen dynamisieren;
- die Zulagen für DUZ für Beamtinnen und Beamte des Polizeidienstes, der Feuerwehr und des Justizvollzugs schrittweise bis 2023 an das Bundesniveau anpassen.
- dass die Zulagen bei der Polizei, der Feuerwehr und dem Justizvollzug ruhegehaltsfähig werden.
- prüfen, inwiefern Kürzungen beim Zusammenfallen von verschiedenen Zulagensystemen reduziert oder abgeschafft werden können.

✓ **Helfen, wenn die Helfer Hilfe brauchen – Heilfürsorge einführen**

Es kommt vor, dass die Helfer selbst auf Hilfe angewiesen sind. Wir als Gesellschaft stehen hier besonders in der Verantwortung. Die Heilfürsorge ist in unseren Augen das Signal an alle hauptberuflich in der Blaulichtfamilie (Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug) tätigen, dass der Dienstherr seine Beamtinnen und Beamten nicht im Stich lässt, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind.

Wir wollen deshalb die Heilfürsorge einführen. Denjenigen, die bereits im aktiven Dienst sind, sollen zwischen der Heilfürsorge und der bisherigen Beihilfe wählen können.

✓ **Effektive Bekämpfung der Kriminalität erfordert das richtige Handwerkszeug**

Die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden werden mit permanent steigenden Anforderungen konfrontiert. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft gewährleisten zu können, wollen wir die Befugnisse und Rechtsgrundlagen erweitern. Durch die fortschreitende Digitalisierung und Technisierung sind die Möglichkeiten gestiegen, die Videotechnik gewinnbringend für die Polizeiarbeit einzusetzen. Wir wollen

- die Nutzung der bestehenden Datenbanken zum Abgleich von Gesichtsaufnahmen von Verdächtigen und Straftätern intensivieren.
- den Einsatz sogenannter intelligenter Kamera- bzw. Aufnahme- und Aufzeichnungssysteme bei offenen Videografie-maßnahmen an sicherheitsrelevanten Orten erlauben.
- die intelligente automatisierte biometrische Gesichtserkennung einführen.

Uns ist dabei bewusst, dass die Einführung und Nutzung von (automatisierter biometrischer) Gesichtserkennungssoftware ein sensibles Thema ist. Neben verfassungs- und datenschutzrechtlichen Aspekten ist auch das subjektive Empfinden der Bevölkerung zu berücksichtigen. Deshalb ist es wichtig, einen breiten Konsens für die Nutzung zu erzielen. Aus diesem Grunde soll zunächst eine Expertenkommission eingesetzt werden, die die genauen Rahmenbedingungen für die Testphase festsetzt.

Wir wollen den Einsatz von körpernah getragenen mobilen Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten (sog. „Bodycam“) in Wohnräumen sowie in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen erlauben. Auch das sog. Pre-Recording wollen wir zulassen.

✓ **Modernisierungsoffensive jetzt!**

Neben der Anpassung von Rechtsgrundlagen wollen wir die Arbeit unserer Polizei durch eine Modernisierungsoffensive weiter verbessern und erleichtern. Wir wollen, dass alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit einer Bodycam persönlich ausgestattet werden. Auch Einsatzhelme sollen wieder zur Mannausstattung gehören.

Die Ausstattung mit digitalen Endgeräten ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die endlich umgesetzt werden muss. Unser Ziel und Anspruch ist es, dass die technische Ausstattung auch tatsächlich ein Hilfsmittel ist, die die Polizeiarbeit erleichtert, und nicht zu einer Belastung und einem Mehraufwand für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wird.

Deshalb wollen wir die bestehenden Softwareprogramme – wo notwendig – überarbeiten und auch über die Landesgrenzen hinaus miteinander verknüpfen. Wir setzen uns dafür ein, dass es drei moderne Schießanlagen in Rheinland-Pfalz gibt, an denen alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten regelmäßig trainieren können. Diese sollen auf dem modernsten Stand sein und ein interaktives Schießtraining ermöglichen. Wir wollen, dass auch die Hubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei mit modernem Einsatzgerät ausgestattet werden.

✓ **Polizei schafft Sicherheit – Sicherheit für die Polizei am Arbeitsplatz**

Viele Polizeidienststellen sind in einem modernisierungsbedürftigen Zustand und entsprechen nicht mehr den Anforderungen an einen modernen Arbeitsplatz. Die Gebäude erfüllen häufig auch nicht den Energiestandards. Zudem verfügen die meisten Dienststellen nicht über die vorgeschriebene Asservatenkammer. Wir wollen einen Investitionsplan, um die Dienststellen zu modernisieren und energetisch zu sanieren.

Rheinland-Pfalz: Sicheres Bundesland – auch in der digitalen Welt

Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Bundesland. Gleichwohl gibt es insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität einen sprunghaften Anstieg der Straftaten. Gleichzeitig ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Denn Straftaten in diesem Bereich werden häufig nicht entdeckt, wenn sie nicht proaktiv aufgeklärt und effektiv verfolgt werden. Die präventive Unterstützung der rheinland-pfälzischen Unternehmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Cyberraum ist weiter zu forcieren.



Da die „Cyber-Einheiten“ der Polizei sehr klein sind, müssen sie personell weiter aufgestockt werden, auch mit spezialisierten Fachkräften. Denn nur so kann die „Holkriminalität“, also die Straftaten, die erst infolge polizeilicher Ermittlungen bzw. Kontrollen entdeckt werden, effektiv und nachhaltig reduziert werden.

Wir wollen die technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden verbessern und kontinuierlich den neuesten Entwicklungen angepasst werden, damit unsere Sicherheitsbehörden „auf Augenhöhe“ mit den Straftätern agieren können. Dafür wollen wir beispielsweise ein Innovationsmanagement implementieren.

✓ **Kinderpornographie bekämpfen!**

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder gehört zu den Verbrechen, die sittlich auf tiefster Stufe stehen und besonders verwerflich sind. Bedauerlicherweise kommt es bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz zu einem Anstieg in diesem Bereich. Beim Kampf gegen Kinderpornografie und Kindermissbrauch muss jeder Ansatz verfolgt und jede rechtstaatliche Maßnahme genutzt werden, den Missbrauch zu verhindern, die Täter aufzuspüren und abzuurteilen.

Deshalb werden wir zusätzliche IT-Spezialisten einstellen, die die Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen Kinderpornographie unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Verschärfung des Strafgesetzbuches und für eine Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung ein. Denn Kindesmissbrauch ist Mord an Kinderseelen. Die Opfer leiden ein Leben lang.

✓ **Nein zu Hass und Hetze gegen Mitglieder der Blaulichtfamilie!**

Die verbalen und körperlichen Übergriffe auf ehrenamtlich Engagierte, auf Rettungskräfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Feuerwehrfrauen und -männer, auf Behördenmitarbeiter und auf ehrenamtliche und hauptamtliche Mandatsträger nehmen zu. Auch die Verrohung in den sozialen Medien steigt.

Für Hass und Hetze - ob linksmotiviert, ob rechtsmotiviert, ob islamistisch oder antisemitisch motiviert - ist in unserer Gesellschaft kein Platz! Dies gilt für uns in der analogen und der digitalen Welt. Hier ist der Konsens der Demokraten gefordert, Flagge zu zeigen und den Feinden von Demokratie und Rechtsstaat energisch die Stirn zu bieten. Hass und Hetze sind eine Bedrohung für die Demokratie. Sie sind der Nährboden für Enthemmung und Gewalt. Aus Worten können Taten werden. So etwas müssen wir verhindern!

Deshalb wollen wir im Bereich der Hass-Kriminalität nicht nur die Strafverfolgung, sondern auch die Präventionsarbeit intensivieren. Verbale und körperliche Angriffe auf Angehörige der Blaulichtfamilie sollen von den Staatsanwaltschaften nicht mehr eingestellt werden können, sondern in jedem Fall zur Anlage gebracht werden müssen.

✓ **Defizite im Brand- und Katastrophenschutz abbauen**

Der Brand- und Katastrophenschutz ist für uns eine wichtige Säule der öffentlichen Sicherheit. Haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte sorgen hier tagtäglich für unser aller Sicherheit. Damit dabei nicht nur wir, sondern auch sie geschützt sind, müssen wir ihnen die besten Arbeitsbedingungen bieten. Engagement – gerade in der Freiwilligen Feuerwehr – kann nur dann gefördert werden, wenn die individuelle Weiterbildung der Ehrenamtlichen nicht durch unzureichende Angebotskapazitäten ausgebremst wird. Denn dies wirkt sich wertschätzungsmindernd auf die Betroffenen aus. Oftmals müssen jedoch viele Kameradinnen und Kameraden mehrere Jahre auf einen Fort- bzw. Weiterbildungsplatz an der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule warten. Das derzeitige Personal reicht nicht aus, um den benötigten Bedarf zeitnah zu decken. Hier werden wir die Bildungseinrichtung und den Landesfeuerwehrverband nicht nur mit einer Ausweitung der Schulungsräume, sondern auch mit einer Erhöhung der Ausbilderstellen unterstützen, um schnellstmöglich zusätzliche Fortbildungsangebote bereitstellen zu können.

Wertschätzung zeigt sich aber auch in der Ausstattung. Denn eine moderne Ausstattung, persönliche Schutzausrüstung, Fahrzeuge, Fernmeldemittel und technische Einsatzgeräte auf dem neuesten Stand sind nötig, um vor Ort jederzeit den Anforderungen Rechnung zu tragen. Sie sind einer der zentralen Bausteine für einen erfolgreichen Einsatz. Bedauerlicherweise ist jedoch in den vergangenen Jahrzehnten in Rheinland-Pfalz ein erheblicher Investitionsstau im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes entstanden. Das Land ist in der Pflicht, mehr Geld in die Verteilung zu bringen, um zum einen zeitnah die Fördermittel auszahlen zu können, und zum anderen, um zielgerichteter Investitionen tätigen zu können. Neben den zusätzlichen Landesmitteln ist darüber hinaus ein gesetzeskonformer Einsatz der Feuerschutzsteuer sicherzustellen. Eine Aufhebung der Begrenzung und eine volle Zweckbindung würde einen zeitnahen Abbau der Bugwelle im Bereich des Bedarfs bzw. Investitionsstaus ermöglichen. Dies schließt auch die SEG-Gebäude bei den weißen Helfern ein, die ebenfalls einen enormen Investitionsstau aufweisen.

Zudem benötigen wir einen Rahmenplan für die kritische Infrastruktur, der insbesondere den Bereich von langanhaltenden Stromausfällen beinhaltet. Ebenfalls gilt es das Vorschriftenwesen in allen Bereichen zu überarbeiten, und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

B. Sport

✓ Nachhaltige Sportförderung erfordert neues innovatives Sportfördergesetz

Derzeit werden die Sanierung und der Bau von Sportstätten und Schwimmbädern auf Zuruf und ohne Konzept eines landeseinheitlichen Vorgehens gefördert. Die Rechtsgrundlagen basierend auf einem Gesetz von 1974 und wurden bislang nicht an die Entwicklung angepasst. Zudem wissen wir aktuell nichts über den Zustand der Sportstätten, die es in Rheinland-Pfalz für die vielfältigen Bewegungsangebote gibt, die von rund 3 Millionen Rheinland-Pfälzern genutzt werden, um sich fit zu halten. Wir wollen, dass in ganz Rheinland-Pfalz gleichwertige Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten geschaffen werden. Dazu werden wir mit Hilfe des Instituts für Sportstättenentwicklung an der Europäischen Akademie des Rheinland-Pfälzischen Sports in Trier und gemeinsam mit den kommunalen Gebietskörperschaften den Bestand und den Bedarf der Sportanlagen in Rheinland-Pfalz erheben und eine Sportstättenstatistik erstellen.

Ohne dieses Wissen kann keine nachhaltige und landesweit einheitliche Förderung der Sportstätteninfrastruktur erfolgen.

✓ Öffentliche Schwimmbäderstruktur erhalten, modernisieren und ausbauen

Wir wollen, dass es in Rheinland-Pfalz ausreichend Schwimmfläche zur Verfügung steht, damit jedes Kind Schwimmen lernen kann. Mit einem Sofortprogramm für öffentlicher Schwimmbäder werden wir unverzüglich unseren Beitrag zum Masterplan der Bundesregierung zur Erhaltung, Sanierung und Verbesserung der Schwimmbäderinfrastruktur leisten.

✓ Zuverlässige finanzielle Planungssicherheit sichern nachhaltigen Sport

Wir wollen, dass der organisierte Sport weiß, mit welchen finanziellen Landeszuwendungen er in der gesamten Legislaturperiode planen kann. Deshalb wollen wir die finanzielle Förderung für jedes Jahr zu Beginn der Legislaturperiode festschreiben.

✓ Sport braucht Autonomie und Wertschätzung auf Augenhöhe

Wir werden den Rheinland-Pfälzischen Sport in seiner Autonomie stärken und wollen ihn als gleichwertigen Partner auf Augenhöhe in der Planung einbeziehen. Dafür werden wir innerhalb des zuständigen Innenministeriums eine eigene Abteilung Sport schaffen.

✓ Sport braucht Schule – Schule braucht Sport

Derzeit wird der Schulsport und das außerschulische Sportangebot in getrennten Ministerien bearbeitet, ohne dass diese in Ihre Bewertungen mögliche Synergieeffekte einfließen lassen. So werden Investitionen in schulische Sportstätten nicht als ganzheitliche Möglichkeit betrachtet eine gleichwertige Infrastruktur im Land zu schaffen.

Wir werden einen interministeriellen Ausschuss zur Planung und Förderung von Schulsportanlagen einrichten, um hier für die Schulen, die Kommunen und die Vereine das beste Ergebnis vor Ort zu erzielen. Darüber hinaus werden wir mit den betroffenen Akteuren ein landeseinheitliches Konzept über die Möglichkeit der intensiveren Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen erarbeiten.

✓ Wer Leistung will, muss Leistung fördern

Aus Rheinland-Pfalz kommen immer wieder herausragende Sportler in den unterschiedlichsten Disziplinen, die als Vorbild für die Menschen in unserem Land dienen und die als Zugpferde für ihre Sportart fungieren.

Aber Sportler brauchen Trainer. Für Rheinland-Pfalz fehlt es an einem Konzept, wie wir zum einen Talente erkennen können und diese dann auch bestmöglich fördern. Die möglichen Synergien, die sich in einer Zusammenarbeit mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland ergeben können finden derzeit keine Beachtung. Ein schier unerschöpfliches Potential für die Entwicklung unseres Leistungssports liegt brach. Aus diesem Grund ist es nicht weiter verwunderlich, dass nahezu keine Sport-Fördermittel aus dem Bund nach Rheinland-Pfalz fließen. Neben der sportlichen Laufbahn müssen wir unsere Spitzenathleten auch auf ihrem beruflichen Weg begleiten. Nur wenn wir hier ein gutes Angebot vorhalten, können sich unsere Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in ihrer aktiven Karriere voll auf sportliche Höchstleistungen und die damit verbundenen Erfolge konzentrieren.

Wir werden das Vernetzen des Landessportbundes mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland und den Bundesstützpunkten über eine Koordinierungsstelle in der Abteilung Sport unterstützen.

Wir werden gemeinsam mit dem organisierten Sport ein Trainerstellen-Konzept entwickeln, das die Möglichkeit bietet unseren Spitzenathleten auch Spitzentrainer an die Seite zu stellen.

Um unseren Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern die bestmöglichen Entwicklungschancen außerhalb der sportlichen Karriere zu bieten, werden wir innerhalb der Landesbehörden geeignete Ausbildungsstellen in einem Pool Sportfördergruppe zusammenstellen.

C. Ehrenamt

✓ **Blaulichtfamilie stärken – ehrenamtliches Engagement würdigen und fördern**

Der Brand- und Katastrophenschutz sowie die gesamte ehrenamtliche Blaulicht-Familie (DRK, Malteser Hilfsdienst, Johanniter Unfallhilfe, ASB, DLRG, etc.) sind für uns eine wichtige Säule der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Unzählige ehrenamtliche leisten hier eine großartige Arbeit für uns alle und setzen sich dabei auch in vielen Fällen eigenen Gefahren aus. Wir möchten aus diesem Grund diese Arbeit unterstützen und fördern. Dazu gehört für uns die Einführung von Prämien bei Dienstjubiläen und bei der Entpflichtung, die Prüfung einer Ehrenamts-Rente oder die Erhöhung und Erweiterung der Aufwandsentschädigung. Mit freien finanziellen Budgets können den örtlichen Organisationen durch die (Verbands-) Gemeinden und Städte Kameradschaftsabende oder Ausflüge finanziert werden. Die Aufnahme von ehrenamtlich Tätigen in Rahmenversicherungsverträge des Landes, ermöglicht es jedem Einzelnen, sich selbst noch einen individuellen Vorteil zu sichern, der zugleich ein Ausgleich für den Dienst zum Wohle der Gesellschaft ist.

Zur Wertschätzung gehört für uns aber auch, dass wir unseren Rettungskräften eine zeitgemäße Ausstattung zur Verfügung stellen. Dies betrifft nicht nur die Bürokommunikationsmittel, wie Dienstlaptops und Handys, sondern insbesondere auch der Abbau der Bugwelle bei der Investitionsförderung. Denn eine moderne Ausstattung, persönliche Schutzausrüstung, Fahrzeuge, Fernmeldemittel und technische Einsatzgeräte sind nötig, um vor Ort jederzeit den Anforderungen Rechnung zu tragen und stellen eine der Hauptvoraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz dar. Mit dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten, wollen wir die individuellen Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Ehrenamtlichen stärken. Es darf nicht sein, dass man Jahre auf ein Fortbildungsangebot warten muss.

Wenn wir auch in Zukunft Menschen für die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit begeistern wollen, müssen wir ein zielgerichtetes Anreizsystem schaffen. Neben der Bereitstellung eines landesweiten Starterpaketes müssen wir bereits frühzeitig, das heißt durch die verpflichtende Vorstellung in Kita und Schule sowie zur Aufnahme einer Brand- und Katastrophenschutz-erziehung, die Kinder an das Thema heranzuführen. Mit der Anerkennung als Ersatzleistungen kann ein Bonussystem entstehen, welches beispielsweise für Studium und Meister-Kurse denkbar ist und die Anerkennung des Ehrendienstes bei Wartesemestern ermöglicht. Auch die unentgeltlichen Weiterbildungsmöglichkeiten sollten ausgebaut werden. Dies bezieht explizit auch den Erwerb der Fahrerlaubnis der Führerscheinklasse B für diejenigen ein, die sich mindestens für 10 Jahre aktiv in einer Blaulichtfamilie beteiligen.

Zudem sprechen wir uns für eine Einführung eines öffentlichen Ehrenzeichens für den gesamten Brand- und Katastrophenschutz aus.